

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postzustellung 2 RM. 50 Pf. jährlich. Einzelnummern 15 Pf. Alle Postanfragen sind an die Geschäftsstelle zu richten. — Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. — Postboten und weitere Zustellungen zu jeder Zeit. — In allen Fällen der Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen behält kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder Abholung des Bezugspreises. — Kündigung einzelner Abonnenten erfolgt nur, wenn Porto vollständig.

Abzugspreis: die 8 separatere Kaugüsse 20 Rpf., die 4 separatere Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpf. monatlich, die 2 separatere Reklamezeile in letzlicher Seite 1 Reichsmark. Nachdruckgebühren 20 Reichsmark. Sonstige und Nachdruckgebühren bedürftig. Anzeigen für die Reichweite der Reichweite bedürftig. Anzeigen für die Reichweite der Reichweite bedürftig. Anzeigen für die Reichweite der Reichweite bedürftig.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 116 — 90. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Polizeist.: Dresden 2640

Donnerstag, den 21. Mai 1931

## Das Defizit.

Das Reich finanziert der Schuld ganz gewaltig drückt, daß nicht bloß aus dem verfallenen Haushaltsjahr ein Fehlbetrag von rund 1250 Millionen zurückblieb, sondern infolge weiteren Sinkens der Reichseinnahmen sich auch schon im Haushaltsjahr des neuen Jahres seit dem 1. April ein großes Defizit von 1000 auftritt, dürfte wohl schon allgemein bekannt sein. Daß auch die Länder vor finanziellen Verlegenheiten nicht ein noch aus wissen, ist eine leider ebenso unumstößliche Tatsache. Daß aber vor allem die Gemeinden — wenigstens die meisten — am Rande ihrer finanziellen Kräfte sind, erblickt einerseits aus der Zwangsverwaltung der Staatskommission, die in zahllosen Fällen den Kommunen „besetzt“ worden sind, und noch mehr aus den nur allzu berechtigten Hilfsrufen: Wir können nicht mehr weiter! Die Lasten der Wohlfahrtsfürsorge erdrücken uns trotz schärfster Einschränkung aller Ausgaben bei ständigem Rückgang der Einnahmen. Reich und Länder müssen helfen!

Ob eine solche Hilfe von oben her aber möglich ist, darf man angesichts der Not im Reich und in den Ländern etwas bezweifeln. Bestand doch auch das letzte große Sparprogramm der Reichsregierung aus einer Reihe von Maßnahmen, die zum Teil nichts anderes waren als Streichung von Überweisungen an die Länder und Gemeinden. Verhindert wurde dabei aber gleichzeitig, daß dort nun diese Einnahmefürsorge etwa durch ein Anziehen der Realsteuern wenigstens einigermaßen wettgemacht werden konnten. Und die Ausgaben für die Wohlfahrtsfürsorge wuchsen bei Ländern und Gemeinden in rasendem Tempo, während sich das Reich damit „begnügt“, für die Krisenfürsorge seinerseits höchstens 200 Millionen hergeben zu wollen.

Es mögen nicht gerade sehr ruhige Debatten auf der Konferenz der Finanzminister stattgefunden haben, die wie des öfteren schon, so auch jetzt wieder in Berlin stattfanden. Denn sie alle, alle leiden ja an finanzieller Schmerzhaft drückenden Schulden, die schon eine ziemliche Ähnlichkeit mit dem unangenehmen Martiniinstrument der Spanischen Stiefel haben. Und sie, die Finanzminister der Länder, sind es auch, denen die Hilfsrufe ihrer Gemeinden laut genug in die Ohren geblieben sind. Aber nun geht in verschiedenen Reichskommismissionen allerlei vor sich, was eine neue, zweifellos sehr umfangreiche Reichsfinanzreform vorbereiten soll und auch die finanziellen Grundlagen der Länder und Gemeinden stark in Mitleidenenschaft ziehen kann. Denn die Sanierung der gesamten Erwerbslosenunterstützung vor der Arbeitslosenversicherung bis zur Wohlfahrtsfürsorge muß von einschneidender Bedeutung gerade für die Länder und Kommunen sein, weil es sich hier vor allem darum handelt, wie bei einer Zusammenlegung der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge künftig die finanzielle Lastenverteilung bzw. die Höhe der vom Reich den Ländern und den Gemeinden zu zahlenden Zuschüsse festgelegt werden soll.

Hier liegen natürlich auch gleich die innenpolitischen Schwierigkeiten ein. Die von der Reichsregierung beabsichtigten neuen Sparmaßnahmen, mit denen der Reichshaushalt wieder ins Gleichgewicht gebracht werden soll und die natürlich den Weg der Notverordnung gehen müssen, sind bisher authentisch einmal in ihren Umrisßen der Öffentlichkeit bekannt gegeben worden. Gehört doch hierzu auch der Versuch, die Finanzen der Länder und Gemeinden möglichst zu sanieren. Aber was nun über wirkliche oder angebliche Absichten des Kabinetts Brünning gemunkelt worden ist, hat die Parteien bereits auf den Plan gerufen und läßt sie ihre Forderungen anmelden. Die „Brotpreiskrise“ wird überhaupt die Frage der Agrarzölle spielen dabei auch eine erhebliche Rolle und die Attacken auf den Reichsernährungsminister von rechts und von links her haben sich unter dem Eindruck des Oldenburger Wahlergebnisses noch verschärft. Die Sozialdemokratische Partei geht Ende Mai zu einem wichtigen Parteitag nach Leipzig, für den man mit einer sicherlich nicht zurückhaltenden Kritik unzufriedener Parteireihe rechnet. Infolgedessen legt die Parteileitung der Parteireihe, ihren Anhängern wenigstens etwas zur Verabfolgung mitteilen zu können; nicht ganz mit Unrecht spricht man von einer „politischen“ Bedeutung der Brotpreiskrise. Auch die Annahme, daß die Sanierung der Erwerbslosenunterstützung und anderer notleidender Zweige der Sozialversicherung zu einer Herabsetzung der Leistungen führen werde, besitzt eine nicht minder starke „politische“ Bedeutung. Immer wieder taucht ein innenpolitisches Gespenst die Absicht auf, bei einer Ablehnung kommender Notverordnungsinitiativen den Reichstag zusammenzubekommen — und das könnte leicht einen überaus bedenklichen innenpolitischen Konflikt veranlassen.

Es wird noch einige Zeit dauern, ehe die Sache „zum Schluß kommt“, denn die Reichsregierung will erst den sozialdemokratischen Parteitag abwarten, dazu noch das Gutachten, das die Preuss-Kommission über die Reform der Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge usw. abzuwarten hat. Inzwischen wird man „Fühlung nehmen“. Aber im Juni dürfte es wieder einmal zu einem heftigen Auseinanderplatzen von Interessen und leider allzu bitteren Notwendigkeiten kommen.

## Die Offenlegung der Rüstungen

### Die Ratsverhandlungen über die Abrüstung.

Unglaubliche Ausflüchte.

Der Völkerbundrat beschäftigte sich nunmehr mit der Frage der Abrüstung. Nach einer Begrüßung des Vertreters der Spanischen Republik durch den Vorsitzenden der Ratstagung Dr. Curtius, begann im Rat eine längere Aussprache über die Offenlegung des gegenwärtigen Rüstungsstandes aller Länder. Curtius wies darauf hin, daß sich in dieser Frage

ein englischer und ein deutscher Antrag gegenüberstünden.

Der englische Antrag wurde von Henderson begründet. Er betonte, es sei unbedingt notwendig, daß die Abrüstungskonferenz gewisse Angaben über den gegenwärtigen Rüstungsstand der einzelnen Länder erhalte und daß diese Angaben auf Grund gleichzeitiger Fragebogen erfolgen müßten. Der vorbereitende Abrüstungsausschuss habe Tabellen ausgearbeitet, die dafür richtunggebend seien.

Curtius begründete sodann den Standpunkt der deutschen Regierung zur Frage der Offenlegung des Rüstungsstandes. Nachdem der Völkerbundrat im Januar beschlossen habe, die Regierungen der an der Abrüstungskonferenz beteiligten Staaten zu Mitteilungen über den Stand ihrer Rüstungen aufzufordern, habe sich der deutschen Regierung die Überzeugung aufgedrängt, daß die Ausstellung eines einheitlichen Fragebogens für die Feststellung des Rüstungsstandes unbedingt erforderlich sei, weil sonst die Berichte der einzelnen Regierungen ihrer Ausdehnung und dem Charakter nach so stark voneinander abwichen würden, daß ein sachgemäßer Überblick über den sogenannten Stand der Rüstungen nicht zu gewinnen sein würde. Die Frage laute nun, was in den einzelnen Fragebögen aufgenommen werden solle. Nach der Meinung der deutschen Regierung müßten alle wesentlichen Rüstungsfaktoren darin enthalten sein, wenn das Ziel des Rüstungsstillstandes im Januar erreicht werden solle. Die Konferenz müsse sich, um zu einem wirklichen Ergebnis zu gelangen, ein völlig umfassendes genaues Bild des vorhandenen Rüstungsstandes

machen können. Es sei unvorstellbar, daß sich die Abrüstungskonferenz ein gesichertes und zureichendes Urteil über die notwendige Herabsetzung des Kriegsmaterials der einzelnen Staaten werde bilden können, wenn sie über die vorhandenen Bestände des Kriegsmaterials, sei es über das im Dienst befindliche, sei es des lagernden Materials keinerlei Angaben besitze. Leider entspräche der englische Vorschlag jedoch nicht den Erfordernissen der vollständigen Offenlegung des Rüstungsstandes, weil darin wesentliche Elemente der Rüstungen, wie das lagernde Kriegsmaterial und die ausgebildeten Reserven unberücksichtigt blieben.

Briaud erklärte, daß jetzt, wo man kurz vor dem Abschluß der Abrüstungsarbeiten stehe, jede neue Verzögerung des Fortschrittes und jede neue Schwierigkeit unbedingt vermeiden werden müsse. Er schloß daher vor, die deutschen Vorschläge abzulehnen und die englischen Vorschläge anzunehmen.

Der Vertreter Italiens, Grandi, wies darauf hin, daß die deutschen Vorschläge durchaus zweckmäßiger und besser seien als die englischen, weil sie den notwendigen genauen Überblick über die Einzelheiten der heutigen Rüstungen liefern könnten. Er fürchte jedoch, daß die deutschen Vorschläge zu neuen schwierigen Verhandlungen und Verzögerungen führen würden; aus praktischen Gründen erklärte er sich deshalb für den englischen Vorschlag, obwohl er ihn für unvollständig halte. Die endgültige Offenlegung des gegenwärtigen Rüstungsstandes müßte auf der Abrüstungskonferenz selbst erfolgen.

Der Vertreter Japans legte Wert darauf, daß die Veröffentlichung der Rüstungen allgemein durchgeführt werde, weil sonst einige Länder darin eine Benachteiligung sehen müßten.

Der japanische Außenminister Martakowitsch erklärte, die deutschen Vorschläge widersprächen den Landesverteidigungsbedürfnissen der einzelnen Länder und würden zu einer Preisgabe der militärischen Geheimnisse führen und müßten daher abgelehnt werden.

Der polnische Außenminister Jaleski, der zum ersten Male seine Erklärungen vor dem Rat in polnischer Sprache abgab und damit offenbar gegen die deutsche Verhandlungsführung von Dr. Curtius demonstrieren

wollte, lehnte gleichfalls den deutschen Vorschlag ab. Da einige Mächte im Völkerbundrat nicht angedröhen und die Mehrzahl der Mächte im Völkerbundrat nicht vertreten seien, habe der Rat überhaupt gar nicht die Möglichkeit, eine obligatorische Veröffentlichung des gesamten gegenwärtigen Rüstungsstandes von den einzelnen Ländern zu verlangen. Ein derartiges Verfahren müsse daher grundsätzlich abgelehnt werden.

### Zusammenbruch oder Revision.

Der Hessische Landtag fordert Revision des Young-Planes.

Der Hessische Landtag nahm folgende Entschliessung an: „Der Hessische Landtag beschließt, die Regierung zu ersuchen, mit Rücksicht auf die ungeheure Arbeitslosigkeit und die dem Zusammenbruch entgegenstehende Wirtschaft sowie auf die unter dem Existenzminimum liegende Lebenshaltung der breiten Masse des deutschen Volkes und der harten Notwendigkeit, überflüssige Steuern anzufordern, beim Reich dahin zu

Im Hinblick auf die großen Gegensätze, die sich im Völkerbundrat zwischen den deutschen und englischen Plänen gezeigt haben, beschloß der Völkerbundrat, diese Frage auf die Freitagsitzung zu vertagen. Dr. Curtius teilte als Präsident mit, daß in der Zwischenzeit versucht werde, eine Lösung zu finden.

### Abrüstungskonferenz in Genf.

Unterredung Curtius-Briaud.

Der Völkerbundrat hielt eine geheime Sitzung ab, in der er beschloß, die Abrüstungskonferenz im Jahre 1932 in Genf abzuhalten. Das Mandat des Danziger Völkerbundratskommissars, Graf Gravena, das Mitte 1932 ausläuft, wurde um weitere drei Jahre verlängert.

Vor der geheimen Ratssitzung trafen sich die Delegationsführer zu vertraulichen Zusammenkünften. Bei der Begegnung zwischen Dr. Curtius und Briaud sind insbesondere die im Europa-Ausschuss zur Behandlung gelangenden einzelnen wirtschaftlichen Pläne sowie die gesamte Konferenzlage durchberaten worden.

### Bestimmung über die diplomatische Vorbereitung der Zollunion.

Berlin, 20. Mai. Der Genfer Sonderberichterstatter des Berliner Börsen-Kuriers meldet, daß ihm gegenüber von einer gut unterrichteten Persönlichkeit der italienischen Delegation darauf hingewiesen worden sei, daß Italien an der Art der Mitteilung der österreichisch-deutschen Zollunionpläne habe Anstand nehmen müssen. Erst gleichzeitig mit Paris, so sogar mit Prag, habe man von diesem Projekt erfahren, das in Italien in einem Zusammenhang mit Anschlussmöglichkeiten gebracht werde. Man habe geglaubt, einer anderen Behandlung gewürdigt werden zu sollen, weil zwischen Deutschland und Italien überhaupt kein Interessengegenstand bestehe und kein großes internationales Problem strittig sei als gerade das Anschlussproblem. Auch aus ungarischen Kreisen und aus Kreisen der Neutrals hört man nach dem gleichen Berichterstatter Bestrebungen darüber äußern, daß die deutsche Diplomatie nicht ausreichend bemüht gewesen sei, die in verschiedenen Ländern über die möglichen Auswirkungen des Zollplans bestehenden Besorgnisse zu zerstreuen. Das habe zum Beispiel in Ungarn, wo der Zollplan zuerst von der öffentlichen Meinung mit großer Sympathie aufgenommen worden sei, zu einem Rückschlag geführt. Manche Erscheinungen der gegenwärtigen Genfer Tagung, deren Grundcharakter allerdings schwerlich zu ändern gewesen wäre, seien aus der Art der diplomatischen Vorbereitung der Zollunion zu erklären und man glaube, daß die deutsche Diplomatie bis zum September in dieser Richtung manches nachholen könne.

### Journal de Geneve bezeichnet die französischen Wirtschaftspläne als völlig ungenügend.

Genf, 20. Mai. In deutschen Kreisen wird auf eine scharfe Kritik hingewiesen, die am Mittwoch das Journal de Geneve an den Wirtschaftsplänen Briands übt. Das Blatt schreibt, die französischen Pläne bräuchten keineswegs die heute von aller Welt erwartete sofortige und energische Lösung. Das Gefühl der Enttäuschung sei allgemein. Es müsse festgestellt werden, daß die französischen Pläne keineswegs den Abschluß von Zollunionen, wie sie zwischen Deutschland und Oesterreich vorzusehen, überflüssig machten.

Die französischen Pläne enthielten nur in Form von Berisprechungen eine gewisse Erleichterung der Lage Oesterreichs und vielleicht noch die Möglichkeit für Deutschland, Kredite zu erhalten. Im großen jedoch würden hierdurch die bedrückendsten Fragen der gegenwärtigen Lage Deutschlands in keiner Weise gelöst. Ganz Europa habe heute ein dringendes Interesse an einer möglichst schnellen Lösung der Fragen. Die gegenwärtige Lage sei bedauerlicherweise die, daß heute alle Regierungen bestrebt seien, die Krise zu lösen, jedoch hierbei lediglich die Einzelinteressen ihrer Länder verfolgten. Auf diese Weise würde man nie zu praktischen Ergebnissen kommen.

wirken, daß alsbald Verhandlungen zur Revision des Young-Planes eingeleitet werden.“

### Sinnlose Opfer.

Besoldungsfragen und Young-Plan.

Zu der in der Öffentlichkeit vielfach erörterten Frage einer weiteren Kürzung der Beamtenbezüge verweisen die amtlichen Mitteilungen der Deutschen Nationalen Volkspartei auf die Rede Dr. Obersohns in der Plenarsitzung des Reichstages, die auch heute unverändert Geltung habe. Obersohn hat damals erneut von der Reichsregierung gefordert, daß sie eine

Austrückung des Young-Planes